V-6 8. Mai - Gedenken und Auftrag für ein Europa in Sicherheit, Freiheit und Demokratie

Antragsteller*in: Britta Jacob (KV Berlin-Mitte)
Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK behandelt werden

Am 8. Mai 2024 jährt sich der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Nazi-Regimes zum 79. Mal. Dieser Sieg der Alliierten über den menschenverachtenden Terror der NS-Diktatur, die sechs Millionen europäische Jüd*innen, sowie Sinti*zze und Rom*nja, Oppositionelle und zahllose weitere Menschen brutal ermordet und beispielloses Leid über den Kontinent gebracht hat, markiert das Ende eines menschenverachtenden Vernichtungskrieges und die Befreiung Deutschlands und Europas von einer unfassbaren Schreckensherrschaft.

Für diese Befreiung von der mörderischen Tyrannei sind wir den Alliierten zutiefst dankbar. Die Millionen Opfer der NS-Diktatur bleiben für uns eine ewige, blutige Wunde, eine Ermahnung an die Schuld unserer Vorfahren und Verantwortung für uns selbst. Dieses Gedenken ist zugleich ein Auftrag an uns, dafür Sorge zu tragen, dass sich Vernichtungskriege und menschenverachtender Terror nicht wiederholen dürfen. Gewaltherrschaft, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir entschieden und verantwortungsbewusst. Aus diesem Bewusstsein heraus resultiert auch unsere besondere Verpflichtung gegenüber allen Völkern und Nachfolgestaaten der Sowjetunion, vor allem ihren Bürger*innen, die ein selbstverständliches Anrecht auf Frieden und Freiheit haben.

Durch den Sieg über Nazi-Deutschland hatten wir das Glück, fast 80 Jahre lang in Frieden in weiten Teilen Europas zu leben. Viele von uns mussten nicht am eigenen Leib erfahren, wie es

ist, vor Bombenhagel, willkürlichen Ermordungen, Vergewaltigung und Folter fliehen zu müssen, ständige Angst um das eigene Leben und das der Lieben zu haben. Für viele von uns im Westen sowie für Generationen im wiedervereinigten Deutschland war auch das Leben in Freiheit eine Normalität - ein großes Privileg der Befreiung.

Der Krieg ist zurück in Europa: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Diese Selbstverständlichkeit des Friedens und der Freiheit in weiten Teilen Europas ist aber akut bedroht. Wir erleben heute wieder einen Krieg in Europa. Seit der Besatzung weiter Teile Georgiens im Jahr 2008, der darauffolgenden Annexion der Krim und der Besatzung im Donbas vor nunmehr über 10 Jahren führt Russland völkerrechtswidrige Angriffskriege gegen seine Nachbarn und gegen die europäische Friedensordnung.

Seit der vollumfänglichen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 sind die verbrecherischen Absichten der Putin-Regierung nicht mehr zu leugnen. Täglich wird die ukrainische zivile Infrastruktur bombardiert. Zehntausende ukrainische Kinder wurden nach Russland verschleppt, ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht. Tausende ukrainische Zivilist*innen werden getötet, verschleppt und gefoltert. Die russische Armee nutzt auch sexualisierte Gewalt als Waffe gegen die Menschen in der Ukraine.

Der umfassende Terror soll den Widerstandswillen der Ukrainer*innen brechen, und ihren ungebrochenen Wunsch, Teil des demokratischen Europas zu sein. Das russische Regime setzt auf die sinkende politische und militärische Unterstützung der Weltgemeinschaft, insbesondere der EU und der USA, und darauf, die Ukraine Schritt für Schritt militärisch zu unterwerfen. Das darf Russland nicht gelingen. Sonst hat Europa aus dem Zeiten Weltkrieg wieder nichts gelernt.

Der Angriff der Hamas auf Israel

Der terroristische Anschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 war der blutigste Angriff auf Jüd*innen seit Gründung des Staates Israel. Er war geprägt von entgrenzter Brutalität und getrieben von dem Ziel, größtmögliches Leid unter der Bevölkerung anzurichten. Auch der Angriff der Hamas zeichnete sich durch schwerste sexuelle Gewalt aus. Hinzu kommen die nicht aufhörenden massiven Raketenangriffe auf Israel von Gaza und aus dem Libanon. Wenn heute, 76 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüd*innen in Israel aufs Neue um ihr Leben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine unverbrüchliche Solidarität mit Israel und seinen Bürger*innen deutlich machen. Der Schutz und das Existenzrecht Israels als Heimstätte jüdischer Menschen ist das Leitbild unserer Politik. Ausgangspunkt bleibt unsere Verpflichtung, Israel darin zu unterstützen, seine sichere Existenz zu schützen.

Die Freilassung der israelischen Geiseln und die Beendigung der terroristischen Angriffe durch die Hamas sind unabdingbar. Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung und die Verteidigung gegen die Hamas ist grundsätzlich legitim. Wir erkennen das militärische Dilemma an, in dem sich die israelische Armee bei der Bekämpfung der Hamas in einem asymmetrischen Krieg befindet. Gleichzeitig ist auch Israel in seiner Verteidigung humanitärem Völkerrecht verpflichtet und muss mit der nötigen und gebotenen Vorsicht operieren. Wir beobachten mit Sorge, dass die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrung und medizinischer Unterstützung nicht die nötige Priorität hat. Mehr Feuerpausen und mehr Hilfsgüter sind dringend nötig. Dabei stehen auch die israelische Regierung und die israelische Armee in der Mitwirkungspflicht.

Dennoch formulieren wir diese Forderungen, Erwartungen und Kritik an Israel und seine Regierung im vollen Bewusstsein der existenziellen Bedrohung Israels, der Komplexität und

der schweren Dilemmata, in denen sich Israel befindet. Zu diesen Komplexitäten gehört auch,
dass Hamas sich jeglicher völkerrechtlichen Pflicht verweigert, nicht nur gegenüber Israel,
sondern in erster Linie gegenüber der eigenen Bevölkerung, die sie weiterhin rücksichtslos
als menschliche Schutzschilde benutzt. Auch diese Strategie der Hamas führt zu vielen
zivilen Opfern.

**Im Gedenken an den Tag der Befreiung vom 8. Mai 1945 und im Angesicht des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie des terroristischen
Angriffs der Hamas auf Israel bekräftigen wir:**

1. Wir stehen weiterhin fest an der Seite der Ukrainer*innen. Sie verteidigen mit ihrem
   mutigen Kampf nicht nur ihr Leben und ihr Land, sondern auch unsere Werte, unsere
   Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt. Die Ukraine muss mit langfristiger und
   umfassender finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung dazu befähigt
   werden, den Krieg gegen Putins Russland zu gewinnen. Nur so können wir Menschen in der
   Ukraine vor Gewalt, und den europäischen Frieden vor Aggression schützen. Uns ist
   wichtig, dass Berlin ein Ort bleibt, der Ukrainer*innen Zuflucht und Schutz bietet und
   sie darin unterstützt, in unserer Stadt anzukommen. Auch für die russische Antikriegsbewegung, freie Zivilgesellschaft und antiimperialistische Opposition wollen
   wir weiterhin ein gutes und offenes Zuhause sein.

2. Der Schutz und das Existenzrecht Israels sind das Leitbild unserer Nahostpolitik. Die
   Gewalt in Israel, Gaza und der Westbank wird mittel- und langfristig nur ein Ende
   finden, wenn es eine kooperative Lösung für die Region gibt. Zwischen Israel und
   Palästina wird es ohne konsequente Anerkennung der jeweiligen Staatlichkeit und der
   Interessen der Bevölkerung beider Länder keinen Frieden geben. Trotz unzähliger
   Hindernisse ist die Zwei-Staaten-Lösung die beste Option für Frieden. Als

Berliner*innen verpflichten wir uns dem Schutz von Synagogen und der Sicherheit jüdischen Lebens in unserer Stadt. Wir setzen uns gegen Antisemitismus in all seinen Formen ein und stehen dabei klar an der Seite der Jüd*innen und Israel*innen in Berlin. MItgefühl mit allen Opfern des Krieges in Gaza und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus und Antiztionismus stehen nicht im Widerspruch zueinander.

3. Demokratie passiert nicht von selbst und sie ist kein Selbstzweck. Wir alle haben die Verantwortung dafür, unsere Demokratie im Innern und nach außen zu verteidigen, sie zu achten und zu schützen, mit Leben zu füllen und sie weiterzuentwickeln. Wir können nicht nur passive Nutzer*innen, sondern müssen auch aktive Gestalter*innen der Demokratie sein. Wir treten entschlossen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Faschismus in ihren aktuellen Formen ein. Dazu gehört auch eine klare Ablehnung der Ideologie der AfD. Auch dies ist die Folge unserer Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus.

4. Nur noch sehr wenige Zeitzeug*innen des Zweiten Weltkriegs und der NS-Diktatur leben unter uns. Es ist unsere Verpflichtung und unser Auftrag, die Erinnerung an die barbarischen Gräueltaten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wach zu halten und die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen: Wo Menschen vernichtet und souveräne Staaten von der Landkarte getilgt werden sollen, ist es unsere Verantwortung, entschieden zu handeln, in der Gegenwart wie in der Zukunft.
Gerade in Berlin als ehemalige Stätte für ein blühendes jüdisches Leben und später als Zentrum der mörderischen NS-Ideologie, werden wir alles tun, damit Erinnerungskultur lebendig bleibt und wir neue aktuelle, attraktive und verantwortungsbewusste Formen der Erinnerung in unserer vielfältigen Gesellschaft finden.

Unterstützer*innen

Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow), Stefanie Remlinger (KV Berlin-Mitte), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Lara Liese (KV Berlin-Mitte), Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg), Florian Maaß (KV Berlin-Mitte), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Andreas Otto (KV Berlin-Pankow), Yasemin Derviscemallioglu (KV Berlin-Mitte), Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Tjark Rosenau (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Armin Efsharnejat (KV Berlin-Mitte), Rita Koch (KV Berlin-Mitte), Julius Upmeier zu Belzen (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow), Hans-Christian Buhl (KV Berlin-Mitte), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Andreas Benens (KV Berlin-Mitte), Marianne Birthler (KV Berlin-Mitte), Christof Rambke (KV Berlin-Kreisfrei), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Til Quadflieg (KV Berlin-Mitte), Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Armin Sauer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Frank Lehmann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Christopher Schulze Kökelsum (KV Berlin-Mitte), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Pieper (KV Berlin-Mitte), Ella Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Ute Reitz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Eckhard Lüth (KV Berlin-Kreisfrei), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Holger Michel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Philipp Freisleben (KV Berlin-Spandau), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), André Meral (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jacob Kähler (KV Berlin-Pankow), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Sönke Lorenz (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Claudio Struck (KV Berlin-Mitte), Uwe Köhne (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Peter Schrage-Aden (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Gabriela Schatton (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katharina Hild (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)